

Kommunisten und der Kampf um Frieden



Die Forderung nach einem Frieden mit Russland, die Frage von Krieg und Frieden in Europa ist spätestens mit den Kriegen in der Ukraine und in Syrien wieder aktuell geworden.

Durch die antirussische Ausrichtung der NATO und ihre Ausdehnung bis unmittelbar an die Westgrenzen der Russischen Föderation wächst die Gefahr, dass sich regionale Stellvertreterkriege zu einer Konfrontation zwischen dem größten imperialistischen Kriegspakt NATO auf der einen und der Russischen Föderation auf der anderen Seite zuspitzen. Die Hauptkriegsgefahr geht dabei von den führenden imperialistischen Mächten aus, die sich in ihrer Strategie der Einkreisung der Russischen Föderation einig sind.

Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) konzentriert daher ihre Kräfte im Zeitraum Mai-September 2018 darauf, die Friedensbewegung zu stärken und Unterschriften für den Aufruf der Friedensbewegung „Abrüsten statt Aufrüsten“ zu sammeln. Diese Bildungszeitung richtet sich in erster Linie an die Grundorganisationen der DKP. Sie hat zum Ziel, Hintergrundwissen über die Rolle der Kommunistinnen und Kommunisten in der Friedensbewegung zu schaffen. Indem sie Argumente entwickelt, soll sie dabei helfen, aktiv zu werden, zum Beispiel mit der Unterschriftensammlung für den Aufruf „Abrüsten statt Aufrüsten“.

Zugleich soll sie Anknüpfungspunkte dafür bieten, sich systematischer mit dem Programm der Kommunisten und ihrer wissenschaftlichen Weltanschauung zu befassen.

Inhaltlich ist diese Bildungszeitung gegliedert in drei Abschnitte:

- 1. Die DKP und die Friedensbewegung. Persönlichkeiten und historische Beispiele.** Ziel ist es, beispielhaft die Rolle von Kommunistinnen und Kommunisten aus KPD und DKP in der Friedensbewegung zu illustrieren.
- 2. Kampf um Frieden und Sozialismus.** Hier geht es um geschichtliche und weltanschauliche Grundlagen der Kommunistinnen und Kommunisten sowie um die Ausrichtung ihrer antiimperialistischen Politik.
- 3. Propaganda für den Frieden: Wer ist hier der Aggressor?** Hier werden die Politik der NATO-Expansion, das Feindbild Russland und die Rolle der Leitmedien hinterfragt.

Jeder Abschnitt beleuchtet einen besonderen Aspekt der Rolle der Kommunistinnen und Kommunisten im Kampf um Frieden, der auf mindestens einem Bildungsabend behandelt werden kann. Vorschläge zur Durchführung und Diskussionsfragen finden sich zu Beginn der Abschnitte.

Inhalt

I. Die DKP und die Friedensbewegung

1. Für Frieden und Sozialismus: Ria und Walter Deeg
2. Kämpfen lohnt sich: Ettie und Peter Gingold
3. Die DKP gegen den NATO-Doppelbeschluss

II. Kampf um Frieden und Sozialismus

1. Die sozialistische Oktoberrevolution 1917. Marx, Engels und Lenin über den Zusammenhang von Friedenskampf und sozialistischen Kampf
2. Karl Liebknecht: Der Hauptfeind steht im eigenen Land
3. Palmiro Togliatti und der Friedenskampf gestern und heute
4. Aus den Beschlüssen des 22. Parteitags der DKPAktiv gegen die NATO – Kommunistische Parteien in Europa

III. Propaganda für den Frieden: Wer ist hier der Aggressor?

1. Die NATO-Expansion nach Osten: Eine Kaskade falscher Versicherungen gegenüber Russland
2. Wladimir Putin: Rede auf der Münchner NATO-Sicherheitskonferenz 2007
3. Stichwort: Lügenpresse. Aus den Beschlüssen des 22. Parteitags der DKP

Impressum

Herausgeber: DKP-Parteivorstand, Hoffnungsstraße 18, 45127 Essen,
Telefon 0201 1778890, pv@dkp.de, news.dkp.de
ViSdP: Hans-Peter Brenner

Die Inhalte dieser Bildungszeitung wurden von der Kommission für Bildung und Ideologie beim Parteivorstand der DKP erarbeitet. Autoren: Hans-Peter Brenner, Pablo Graubner, Ursula Vogt.

Die Kommission dankt darüber hinaus für die Mithilfe: Michael Beltz (Abschnitt I: Ria und Walter Deeg) und Günter Pohl (Abschnitt II: Aktiv gegen die NATO – Kommunistische Parteien in Europa). Den Marxistischen Blättern für die Genehmigung zum Nachdruck von Domenico Losurdo: „Palmiro Togliatti und der Friedenskampf gestern und heute“ aus MB-2/2017.

I. Die DKP und die Friedensbewegung

Persönlichkeiten und historische Beispiele

In Abschnitt I geht es um Persönlichkeiten und Historische Beispiele. Ziel ist es, beispielhaft die Rolle von Kommunisten und Kommunistinnen aus KPD/DKP in der Friedensbewegung zu illustrieren. Zwar hat das Engagement von Kommunistinnen und Kommunisten für den Frieden eine lange Tradition, doch immer weniger Menschen sind mit ihrer Rolle, ihren Zielen und ihrer Geschichte vertraut. Die Texte können dazu genutzt werden, denjenigen die Situation von KPD/DKP in der BRD näher zu bringen, die diese Zeit nicht selbst erlebt haben.

Zu einem Bildungsabend kann zum Beispiel eine Zeitzeugin oder ein Zeitzeuge aus der Region eingeladen werden, um von dieser Zeit zu berichten.

Mögliche Aufgabenstellung für einen Bildungsabend: Erstellt eine Zeitleiste mit wichtigen Daten zu KPD/DKP im Kampf gegen Wiederbewaffnung und gegen die Stationierung der Mittelstreckenraketen in den 1980er Jahren.

1. Für Frieden und Sozialismus: Ria und Walter Deeg

Nach dem Ende des 2. Weltkrieges war nicht nur im mittelhessischen Gießen bei gemeinsamen Treffen von KPD und SPD die Losung „Nie wieder Krieg“ zu hören. Die wirtschaftliche Westanbindung, aber vor allem die Wiederbewaffnung der BRD riefen damals den Widerspruch der KPD, aber auch der SPD und der Gewerkschaften hervor. In Gießen war der Kampf gegen Remilitarisierung, neben Anton Kaiser, untrennbar mit den Namen Ria und Walter Deeg verbunden. Sie standen in vorderster Reihe, als es darum ging, mit dem Aufruf der KPD, Unterschriften gegen die Kriegsvorbereitung zu sammeln.

Schon damals ging die Adenauer-Regierung mit Hilfe des politischen Strafrechts gegen ihre Gegner vor. Am 17. April 1956, also kurz vor dem Verbot der KPD, stellte Ria Deeg als kommunistische Stadtverordnete, folgenden Antrag: „Ich beantrage, die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, die Erfassung der Wehrpflichtigen nicht durchzuführen“. Dazu zitierte sie Bert Brecht. Auch nach dem widerrechtlichen Verbot der KPD stellten Ria und Walter Flugblätter gegen die Remilitarisierung her und verteilten sie: z. B. „Erst Eure Söhne, jetzt Euer Land“, „Der Atomtod bedroht Dich“ und tausende weitere Aufrufe für Frieden und gegen Aufrüstung. Dafür wurden beide, die schon von den Nazis verhaftet und eingesperrt worden waren, von der Adenauer-Justiz erneut verhaftet und angeklagt, und Walter zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt.

Zur Bundestagswahl 1957 glaubten die Gießener Kommunisten noch dem Kandidaten der SPD, dem Pfarrer Hans Merten, der forderte: „Keine atomare Bewaffnung deutscher Streitkräfte, Abschaffung der bereits heute völlig sinnlosen allgemeinen Wehrpflicht...“. Zwei KPD-Mitglieder riefen auf, ihn zu wählen. Mit 92 Stimmen Vorsprung gewann dieser knapp das Mandat, wurde im Bundestag stellvertretender Vorsitzender des Verteidigungsausschusses und unterstützte dort eine Raketenabschussbasis bei Gießen. Ähnliches erlebten Ria und Walter beim Bürgerausschuss „Kampf dem Atomtod“: Der Aufruf war unterzeichnet von dem Lehrer Heinz Nagel (DFU) und Bürgermeister Albert Osswald (SPD). Letzterer zog sich jedoch bald unter dem heute noch gängigen Vorwand der „kommunistischen Unterwanderung“ zurück. Neben dem politischen Strafrecht war Denunziation ein breit eingesetztes Mittel zur Einschüchterung im Kalten Krieg. Dieses wurde auch bei den Ostermärschen bemüht, die Ria und Walter von Beginn an unterstützten. Beide wurden bei der Gründung der DKP 1968 sofort Mitglieder und kämpften trotz der Schwierigkeiten weiter gegen Ausbeutung und Krieg, für Frieden und Sozialismus.

2. Kämpfen lohnt sich: Ettie und Peter Gingold

Ettie und Peter Gingold (1913–2001, 1916–2006) waren beide zwei ganz außergewöhnliche Menschen, die einen langen gemeinsamen Lebensweg als Antifaschisten und Kriegsgegner zurückgelegt haben. Von den Nazis verfolgt, lernten sich Ettie und Peter Gingold 1936 im Exil in Paris kennen. Ettie Stein-Haller war 1933 aus Rumänien nach Paris gekommen; Peter

Gingold, beteiligt an illegalen Aktionen des Kommunistischen Jugendverbandes (KVJD), verließ Deutschland im gleichen Jahr nach mehrmonatiger Haft. Als sich im Juni 1936 junge deutsche Antifaschisten im französischen Exil aus der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ), dem Sozialistischen Jugendverband Deutschlands (SJVD) und dem KVJD zusammaten, um gemeinsam unter dem Namen „Freie Deutsche Jugend“ tätig zu werden, waren die beiden dabei. Dann in den Reihen der Résistance bis hin zur Teilnahme am siegreichen Aufstand zur Befreiung von Paris. Diese Jahre im Exil waren geprägt von Trennung, Gefangenschaft, Folter und Lebensgefahr.

Nach dem Krieg traf sich die Familie in Frankfurt wieder. Doch als aktive KPD-Mitglieder mussten sie schon bald feststellen, dass sie erneut ausgegrenzt und verfolgt wurden. Peter Gingold ging nach dem Verbot der KPD erneut in die Illegalität. Ettie Gingold spielte in der Friedensbewegung eine besondere Rolle. Sie berichtete 1983 über die Gespräche bei der Sammlung von Unterschriften für den Krefelder Appell gegen die Stationierung neuer Atomwaffen, zu einer Zeit des Kalten Krieges, in der – durch ein erneutes Anheizen des Rüstungswettlaufs durch die USA – die Gefahr drohte, Mitteleuropa könnte in ein nukleares Schlachtfeld verwandelt werden: „Bei meinen Diskussionen während der Unterschriftensammlung konnte ich viele Menschen überzeugen, dass es nicht genügt, den Frieden zu wollen, sondern dass man auch etwas für den Frieden tun muss, jeder jetzt und heute. Wir dürfen nicht auf die Politiker hoffen, wir müssen sie unter Druck setzen. Ich habe die Erfahrung gemacht, kämpfen lohnt sich“. Als in der Bundesrepublik Deutschland mit der Remilitarisierung, Rüstung und darauf folgend mit der Stationierung von Atomwaffen und Raketen begonnen wurde, gehörte Ettie Gingold zu den aktivsten Gegnerinnen der Rüstungs- und Kriegspolitik. Sie sammelte als einzelne Person die meisten (12.000) Unterschriften unter den Krefelder Abrüstungsappell. Zusammen mit Heinrich Böll, Willy Brandt und Petra Kelly gehörte sie zu den Hauptredner/innen auf der legendären Großkundgebung der Friedensbewegung 1983 im Bonner Hofgarten.

Kämpfen lohnt sich – an dieser Gewissheit Peter und Etties konnten auch der Zusammenbruch der sozialistischen Staaten und der vorläufige Durchmarsch des Kapitalismus nichts ändern. Nicht zu verhehlen ist, dass sie, ähnlich wie viele Gleichgesinnte, von der tiefgreifenden Niederlage schwer getroffen wurden. Das war für sie aber kein Grund, ihre Idee von einer Alternative zur Welt des Kapitals aufzugeben. Für Ettie und Peter Gingold war die Idee des Sozialismus nicht tot.

Zur Vertiefung: Der Dokumentarfilm „Zeit für Zeugen – Eine Hommage an Ettie und Peter Gingold“.

Informationen dazu finden sich auf der Webseite www.gingold-initiative.de und über info@gingold-initiative.de.

3. Die DKP gegen den NATO-Doppelbeschluss

Anfang der 1980er Jahre erreichte der sog. Kalte Krieg einen weiteren Höhepunkt: Der NATO-Doppelbeschluss von 1979 sah die Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenraketen (Pershing II) auf NATO-Gebiet vor, was die NATO unter US-amerikanischer Führung befähigen sollte, Kommandostrukturen der Sowjetunion innerhalb weniger Minuten auszuschalten. Die DKP sah in dieser neuen Aufrüstungswelle und in dem Eskalationspotential bis hin zur atomaren Vernichtung Deutschlands eine erhebliche Gefahr. Sie machte die Verhinderung der Pershing II-Stationierung zu einem Eckpfeiler ihrer Politik. Sie propagierte die Losung „Gegen die Krisen- und Rüstungslasten, für die Verteidigung der sozialen Rechte der arbeitenden Menschen“.

An der Bonner Friedensdemonstration am 10. Oktober 1981 beteiligen sich 300.000 Menschen, im Juni 1982 mehr als 400.000 Menschen. An den wiederaufgenommenen Ostermärschen 1982 beteiligen sich ca. 500.000 Menschen. Mehr als 2 Millionen Bürger der BRD unterzeichnen 1981 den „Krefelder Appell“ für die Aufhebung des NATO-Doppelbeschlusses. Kommunist/innen, wie der Krefelder Betriebsrat Peter Tümmers gehörten zu den Erstunterzeichner und Mit-Initiatoren. Das „Festival der Jugend für Frieden, Entspannung und

Abrüstung“ im Juni 1981, organisiert von der SDAJ und dem Marxistischen Studentenbund Spartakus, vereinte 200.000 Teilnehmer. Und: Fast 500.000 Besucher machten das Volksfest der UZ in Duisburg zu einer riesigen Kundgebung für den Frieden und für gute Beziehungen mit der Sowjetunion.

Die DKP war wichtiger Träger der Friedensinitiativen. Ihre spezifische Rolle bestand in der Verbindung von Arbeiter- und Friedensbewegung, sie stellte den Zusammenhang zwischen Kriegsgefahr, Rüstung und sozialen Fragen her. Sie verband die Friedensarbeit ihrer Betriebsgruppen mit einer Kritik an der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. So stellte z. B. der DKP-Arbeiterkongress von 1985 fest – einer der größten Friedensaktionen der DKP: „Hochrüstung, Massenarbeitslosigkeit, Sozialabbau und Angriffe auf demokratische Grundrechte sind die Schandmale der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, ein Ergebnis der zutiefst reaktionären, lebensbedrohenden Bonner Wendepolitik“.

NATO OSTERWEITERUNG STOPPEN!



1998: 16 NATO Mitglieder

- + Tschechien (1999)
- + Ungarn (1999)
- + Polen (1999)
- + Bulgarien (2004)
- + Estland (2004)
- + Lettland (2004)
- + Litauen (2004)
- + Rumänien (2004)
- + Slowakei (2004)
- + Slowenien (2004)
- + Albanien (2009)
- + Kroatien (2009)
- + Montenegro (2017)



2018: 29 NATO Mitglieder

FRIEDEN MIT RUSSLAND!

DKP
news.dkp.de

II. Kampf um Frieden und Sozialismus

Geschichtliche und weltanschauliche Grundlagen

Dieser Abschnitt behandelt geschichtliche und theoretische Fragen über den Zusammenhang zwischen dem Kampf um Frieden und dem Kampf für den Sozialismus. Die Bedeutung des Friedenskampfes für die Kommunistinnen und Kommunisten wird zunächst Anhand eines wichtigen Beispiels veranschaulicht: die Oktoberrevolution und das Dekret über den Frieden. Anschließend sollen Aussagen von Marx und Engels aus dem Kommunistischen Manifest (1848) und der Inauguraladresse der Internationalen Arbeiter-Assoziation (1864) verdeutlichen, dass Kommunistinnen und Kommunisten grundsätzlich für das Ziel kämpfen, jede soziale, politische und nationale Unterdrückung zu beseitigen. Lenin hat zudem während des 1. Weltkrieges zahlreiche Arbeiten zu Theorie und Taktik der Bolschewiki in der Frage des Krieges, des Friedens und der Revolution geschrieben. Die Broschüre „Sozialismus und Krieg“ wird zur Zimmerwalder Konferenz 1915 veröffentlicht, auf der sich die sozialistische Internationale neu organisierte. Dort stritt die Mehrheit der Teilnehmer mit einer Minderheit unter der Führung Lenins über die Parole der Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg, worauf jeder konsequente Klassenkampf während des Krieges unweigerlich zulaufe. Diese Parole diskutierte Lenin vor dem Hintergrund einer „objektiv revolutionären Situation“ und unter den Bedingungen des 1. Weltkrieges. Die Kommunistische Internationale hob später hervor, dass revolutionäre Massenaktionen um so eher möglich sind, je mehr es gelingt, tief in die Bewegung der Massen einzudringen – mit der Orientierung, dass der Kampf für die Verteidigung des Friedens noch vor Ausbruch des Krieges geführt werden muss.

Eine weitere wichtige Diskussion ist die Frage, von wem in einer konkreten historischen Situation die Hauptgefahr für den Frieden ausgeht. Dazu dient zunächst das historische Dokument von Karl Liebknecht: „Der Hauptfeind steht im eigenen Land“, dem ein Auszug aus dem Aufsatz Domenico Losurdos: „Palmiro Togliatti und der Friedenskampf gestern und heute“ folgt. Letzterer hebt die Bedeutung des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale hervor, auf dem sich die Kommunisten auf eine neue Situation, den Faschismus als Hauptgefahr, einstellten. Palmiro Togliatti referierte dort „Über die Vorbereitung des imperialistischen Krieges und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale“, worin er Schlussfolgerungen für den Friedenskampf in dieser neuen internationalen Lage zog. Grundsätzlich gilt: Für Marxisten gibt es nicht „den Krieg“ schlechthin, sondern es gibt konkrete Kriege, deren Charakter sich durch die gegebene Periode wandelt. Wenn sich die Klassenverhältnisse verändern, stellt sich auch das Problem des Krieges anders dar. Für Debatte über die heutige Situation wird die aktuelle Beschlusslage der DKP zur Frage der Hauptkriegsgefahr und der Widersprüche zwischen dem imperialistischen Block und den antiimperialistisch oder sozialistisch orientierten Staaten dokumentiert.

Ein letzter Text in diesem Abschnitt macht außerdem deutlich, dass es auch heute noch eine kommunistische Weltbewegung gibt, deren Parteien sowohl unter nationalen besonderen Bedingungen als auch in Form internationaler Aktionen gegen das NATO-Kriegsbündnis kämpfen.

Mögliche Fragestellungen für einen Bildungsabend: Was ist der Unterschied zwischen Pazifismus und dem Friedenskampf der Kommunistinnen und Kommunisten? Diskussion um die Frage: Wer ist die Hauptgefahr für den Frieden und wer ist der Hauptfeind der deutschen Arbeiterklasse heute? Welchen Stellenwert hat der Kampf gegen die NATO-Mitgliedschaft in den Kommunistischen Parteien?

1. Die sozialistische Oktoberrevolution 1917 – Kampf um Frieden und Sozialismus

Der US-amerikanische Schriftsteller John Reed hat die Geschehnisse 1917 in Russland in seinem Buch, das im Jahr 1919 erschienen ist, überschrieben mit: „Ten days that shook the world“, also „Zehn Tage, die die Welt erschütterten“. Er beschreibt in seinem Buch das da-

malige Russland gegen Ende des 1. Weltkrieges als ein Land, das sich in Auflösung befand; in denen die Parteien, die in die revolutionären Bestrebungen der Massen seit der Russischen Revolution von 1905 involviert waren – und die seit der Februarrevolution 1917 die Regierung unterstützten –, sich als unwillig erwiesen, die dringendsten Nöte der Soldaten, Bauern und Arbeitern zu beheben.

Welche Nöte waren das? Das erste Dekret, das die neue Arbeiter- und Bauernregierung erließ, gibt eine Antwort auf diese Frage. Es war das Dekret über den Frieden, das Lenin ausgearbeitet hatte.

Und John Reed beschrieb in seinem Buch die damalige Stimmung. Die Ereignisse hatten bereits ihren Lauf genommen, und Lenin spricht vor dem II. Gesamtrussischen Sowjetkongress: „Und nun stand Lenin vorn, die Hände fest an den Rand des Rednerpultes gekrampft, seine kleinen blinzelnden Augen über die Menge schweifen lassend, wartend, bis der minutenlange, ihm offensichtlich gleichgültige Beifallssturm sich gelegt haben würde. Als er endlich beginnen konnte, sagte er einfach: ‚Wir werden jetzt mit dem Aufbau der sozialistischen Ordnung beginnen.‘ Und wieder raste wilder Begeisterungssturm durch den Saal. ‚Das erste ist die Durchführung praktischer Maßregeln zur Verwirklichung des Friedens. Wir werden den Völkern aller kriegführenden Länder den Frieden auf der Grundlage der Sowjetbedingungen anbieten: Keine Annexionen, keine Kriegsentschädigungen, Selbstbestimmungsrecht der Völker. Gleichzeitig werden wir unserem Versprechen gemäß die Geheimverträge veröffentlichen und für ungültig erklären.““ Der Schriftsteller fasst die Haltung der revolutionären Regierung folgendermaßen zusammen: „Diesen Krieg fortzusetzen, um die Frage zu entscheiden, wie die starken und reichen Nationen die von ihnen annektierten schwachen Völkerschaften unter sich aufteilen sollen, hält die Regierung für das größte Verbrechen an der Menschheit, und sie verkündet feierlich ihre Entschlossenheit, unverzüglich die Bedingungen eines Friedens zu unterzeichnen, der diesem Krieg unter den obengenannten, für ausnahmslos alle Völkerschaften gleich gerechten Bedingungen ein Ende macht.“ Für die revolutionäre Regierung war damit bereits eines ihrer wichtigsten außenpolitischen Grundsätze bestimmt: Frieden ist äußerstes Gebot und Grundlage für soziale Veränderungen, die in einem weiteren Dekret zum Ausdruck kommen sollten: Dem Dekret über den Grund und Boden, mit dem Gutsbesitzerland entschädigungslos enteignet und dessen Verteilung an die Bauern verfügte.

Zwar konnte das, was im Dekret von 1917 verkündet worden war, nicht Wirklichkeit werden. Es folgte der von den Mittelmächten Deutschland und Österreich-Ungarn erzwungene Diktatfrieden von Brest-Litowsk, Interventionskriege gegen das revolutionäre Russland und Konterrevolution. Aber es zeugte von dem Friedenswillen der Völker und der Bereitschaft der revolutionären Regierung, dem Krieg ein Ende zu bereiten und eine sozialistische Gesellschaftsordnung zu errichten.

2. Marx, Engels und Lenin über den Zusammenhang von Friedenskampf und sozialistischen Kampf

Die Fülle der zum 200. Jahrestag von Karl Marx erschienenen Publikationen war enorm. Ein Thema jedoch blieb meist unerwähnt. Dass der Marxismus Theorie und Anleitung zu einer radikalen, revolutionären Umwälzung der Gesellschaft ist, in der nicht nur das Profitprinzip, sondern auch die gesellschaftlichen Ursachen von Krieg und Völkermord aufgehoben werden sollen, blieb ein Randthema dieses Jubiläumsjahres. Und dies ausgerechnet in einem Jahr, in dem nicht nur im Mittleren Osten ganze Staaten, Regionen und Großstädte durch Kriege in Schutt und Asche gelegt und Millionen Menschen zu Flüchtlingen und Heimatvertriebenen wurden.

Marx' Gegnerschaft gegenüber dem System der kapitalistischen Ausbeutung umfasst die Analyse der so oft verschleierte und vertuschten wahren Ursachen von Kriegen. Kriege, so erkannten Marx und sein lebenslanger politischer Weggefährte Engels, entstehen nicht per Zufall, nicht aus der Lust und Laune irgendwelcher „großer Männer“ oder Diktatoren. Wie der russische Revolutionär und Führer der Oktoberrevolution, Wladimir I. Lenin, 1914 in einem Lexikonbeitrag über Marx schrieb, löste die Marxsche Theorie vom Klassenkampf auch das Rätsel der Entstehung von Kriegen.

Außenpolitik ist Klassenpolitik

„Die ‚Soziologie‘ und die Geschichtsschreibung vor Marx hatten im besten Fall eine Anhäufung von fragmentarisch gesammelten unverarbeiteten Tatsachen und die Schilderung einzelner Seiten des historischen Prozesses geliefert. ... Dass in einer gegebenen Gesellschaft die Bestrebungen der einen den Bestrebungen der andern schnurstracks zuwiderlaufen, dass das gesellschaftliche Leben voller Widersprüche ist, dass uns die Geschichte den Kampf zwischen Völkern und Gesellschaften zeigt, ebenso auch den Kampf innerhalb ihrer und außerdem noch den periodischen Wechsel von Revolution und Reaktion, Krieg und Frieden, Stagnation und schnellem Fortschritt oder Verfall, – das sind allgemein bekannte Tatsachen. Der Marxismus lieferte den Leitfaden, der in diesem scheinbaren Labyrinth und Chaos eine Gesetzmäßigkeit zu entdecken erlaubt, – nämlich die Theorie des Klassenkampfes.“ (W.I. Lenin: Karl Marx, in: Werke Bd. 21, S.45/46)

Die konträren und sich antagonistisch gegenüberstehenden Interessen der Klasse der Produktionsmittelbesitzer und derer, die als „doppeltfreie“ Lohnarbeiter – frei von Produktionsmitteln und frei von den früheren Fesseln der Sklaverei und der mittelalterlichen ständischen Zwänge – gezwungen sind, ihre Arbeitskraft an die Klasse der Besitzer der Produktionsmittel zu verkaufen, bestimmen nicht nur die wirtschaftlichen und innenpolitischen Entscheidungen der kapitalistischen Staaten. Nein, sie bestimmen auch die schlussendlichen Motive ihrer Außenpolitik.

Antikapitalismus und Antimilitarismus bilden deshalb in der Strategie der Kommunisten eine Einheit. Der ökonomische Zwang, bei Strafe des eigenen Untergangs die eigene Kapitalverwertung zu optimieren und zu maximieren, zwingt nämlich die Kapitalisten aller Länder, eine Außenpolitik zu betreiben, die den Mechanismen der kapitalistischen Konkurrenz auch auf dem gesamten Weltmarkt folgt.

Wie bereits Marx und Engels im Manifest der Kommunistischen Partei betonten, gehorcht die Diplomatie und Außenpolitik der kapitalistischen Staaten diesen Grundinteressen der herrschenden Kapitalistenklasse. Verdrängung der Konkurrenz, Eroberungen von neuen Rohstoffquellen und Absatzgebieten – dies alles sind die Quellen ununterbrochener Aggressionen und Kriege: „Die Bourgeoisie hat durch ihre Exploitation des Weltmarkts die Produktion und Konsumption aller Länder kosmopolitisch gestaltet. Sie hat zum großen Bedauern der Reaktionäre den nationalen Boden der Industrie unter den Füßen weggezogen. Die uralten nationalen Industrien sind vernichtet worden und werden noch täglich vernichtet. ... Die wohlfeilen Preise ihrer Waren sind die schwere Artillerie, mit der sie alle chinesischen Mauern in den Grund schießt, mit der sie den hartnäckigsten Fremdenhass der Barbaren zur Kapitulation zwingt. Sie zwingt alle Nationen, die Produktionsweise der Bourgeoisie sich anzueignen, wenn sie nicht zugrunde gehen wollen“ (MEW 4, S. 465f). Doch wo ökonomischer Druck und die sog. Exportwalze nicht reichen, um ökonomisch schwächere Länder in wirtschaftliche und politische Abhängigkeit zu zwingen, werden auch schärfere und militärische Mittel eingesetzt: „Die Bourgeoisie befindet sich in fortwährendem Kampfe: anfangs gegen die Aristokratie; später gegen die Teile der Bourgeoisie selbst, deren Interessen mit dem Fortschritt der Industrie in Widerspruch geraten; stets gegen die Bourgeoisie aller auswärtigen Länder.“ (ebd., S. 471)

„Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“

Der Krieg ist also weder schicksalhaft noch gehört er zur Natur des Menschen. Kriege sind vielmehr die Fortsetzung der Politik der einen oder anderen Klasse mit den Mitteln der Gewalt. So betonte der preußische Generalmajors und Militärtheoretiker Carl von Clausewitz (1780–1831), dass „der Krieg als Teil eines andern Ganzen betrachtet werden muss, und dieses Ganze ist die Politik.“ Diesen zentralen Gedanken seines berühmten Werkes Vom Kriege hatten K. Marx und F. Engels schon früh erfasst. Auch Lenin studierte das Werk von Clausewitz intensiv. In seiner Arbeit Sozialismus und Krieg zitierte er ausdrücklich den berühmten Punkt 24 aus Band 1 des Clausewitz-Werkes: „Der Krieg ist eine bloße Fortsetzung der Politik mit andern Mitteln“. Und Clausewitz selbst führte den Satz im Originaltext fort: „So sehen wir also, dass der Krieg nicht bloß ein politischer Akt, sondern ein wahres politisches Instrument ist, eine Fortsetzung des politischen Verkehrs, ein Durchführen desselben mit andern Mitteln.“ (Zit. n.: W.I. Lenin: Clausewitz' Werk „Vom Kriege“. Auszüge und

Randglossen, Berlin 1957). Lenin stimmt dem zu und ergänzt: „Die Marxisten haben diesen Satz mit recht stets als theoretische Grundlage ihrer Auffassungen von der Bedeutung eines jeden konkreten Krieges betrachtet. Marx und Engels haben die verschiedenen Kriege stets von diesem und von keinem anderen Standpunkt betrachtet.“ (W.I. Lenin: Sozialismus und Krieg“ in LW Bd. 21, S. 304f)

Dies knüpft an einem zentralen Gedanken an, den Marx 1864 in der Gründungserklärung der I. Internationale, der Inauguraladresse der Internationalen Arbeiter-Assoziation, als eine der wichtigsten Aufgaben der internationalen Arbeiterbewegung formuliert hatte: „Wenn die Emanzipation der Arbeiterklassen das Zusammenwirken verschiedener Nationen erheischt, wie jenes große Ziel erreichen mit einer auswärtigen Politik, die frevelhafte Zwecke verfolgt, mit Nationalvorurteilen ihr Spiel treibt und in piratischen Kriegen des Volkes Blut und Gut vergeudet? [...] [Die frevelhafte auswärtige Politik der herrschenden Klassen] haben den Arbeiterklassen die Pflicht gelehrt, in die Geheimnisse der internationalen Politik einzudringen, die diplomatischen Akte ihrer respektiven Regierungen zu überwachen, ihnen wenn nötig entgegenzuwirken; wenn unfähig zuvorzukommen, sich zu vereinen in gleichzeitigen Denunziationen und die einfachen Gesetze der Moral und des Rechts, welche die Beziehungen von Privatpersonen regeln sollten, als die obersten Gesetze des Verkehrs von Nationen geltend zu machen. Der Kampf für solch eine auswärtige Politik ist eingeschlossen im allgemeinen Kampf für die Emanzipation der Arbeiterklasse.“ (MEW 16, S. 13)

Im imperialistischen Stadium des Kapitalismus; das als Hauptmerkmal ökonomisch und politisch durch die Herausbildung und Herrschaft der Monopole charakterisiert wird, tragen viele Kriege einen solchen ausgesprochenen „piratischen“ Charakter. (Fast) alle kriegsführenden Parteien vertreten eigene räuberische Ziele und zwar unabhängig, ob sie den ersten Schuss abgegeben haben oder nicht. Für diesen Typus von zwischenimperialistischen Kriegen steht besonders der 1. Weltkrieg. Dies ist nicht immer so schnell zu erkennen und führte in der Geschichte der Arbeiterbewegung zu viel Verwirrung und zu einer Vertiefung der Spaltung zwischen ihrem reformistischen und dem revolutionären Flügel.

Den marxistisch-leninistischen Standpunkt zur Einheit von antimilitaristischen und Klasseninteressen finden wir in den folgenden Passagen aus Sozialismus und Krieg besonders prägnant erfasst: „Darin besteht doch gerade die Besonderheit des imperialistischen Krieges, eines Krieges zwischen reaktionär-bürgerlichen, historisch überlebten Regierungen, eines Krieges, der geführt wird zwecks Unterdrückung anderer Nationen. Wer die Teilnahme an diesem Krieg gutheißt der verewigt die imperialistische Unterdrückung der Nationen. Wer dafür eintritt, die Schwierigkeiten, in denen sich die Regierungen jetzt befinden, für den Kampf um die soziale Revolution auszunutzen, der verfiht die wirkliche Freiheit wirklich aller Völker, die nur im Sozialismus durchführbar ist.“

Umwandlung in den Bürgerkrieg

Und was folgt daraus grundsätzlich für die auf den Sturz der kriegsführenden imperialistischen Mächte angelegte Strategie der Kommunisten? Zur damaligen Zeit brachte es Lenin so auf den Punkt: „Der Krieg hat zweifellos eine Krise schwerster Art heraufbeschworen und die Leiden der Massen ungeheuerlich verschärft. Der reaktionäre Charakter dieses Krieges, die unverschämte Lüge der Bourgeoisie aller Länder, die ihre Raubziele unter dem Mäntelchen ´nationaler` Ideologie versteckt – all dies ruft auf dem Boden der objektiv revolutionären Situation unweigerlich revolutionäre Stimmungen in den Massen hervor. Es ist unsere Pflicht, diese Stimmungen bewusst zu machen, zu vertiefen und ihnen Gestalt zu geben. Diese Aufgabe findet ihren richtigen Ausdruck nur in der Losung: Umwandlung des imperialistischen Kriegs in den Bürgerkrieg, und jeder konsequente Klassenkampf während des Krieges, jede ernsthaft durchgeführte Taktik von „Massenaktionen“ muss unvermeidlich dazu führen. Man kann nicht wissen, ob eine starke revolutionäre Bewegung im Zusammenhang mit dem ersten oder mit dem zweiten imperialistischen Krieg der Großmächte, ob sie während des Krieges oder nach dem Kriege aufflammen wird, jedenfalls aber ist es unsere unbedingte Pflicht, systematisch und unentwegt in eben dieser Richtung zu wirken.“ (ebd., S. 314)

3. Karl Liebknecht: Der Hauptfeind steht im eigenen Land !

Flugblatt 1915

Der KPD-Mitbegründer Karl Liebknecht (1871–1919) war bereits als SPD-Reichstagsabgeordneter während des 1. Weltkrieges entschiedener Kriegsgegner. Die Mehrheit der SPD-Reichstagsfraktion hatte sich als „Vaterlandsverteidiger“ hinter Kaiser und Reichswehr gestellt; Liebknecht jedoch griff schonungslos diese Burgfriedenspolitik an. Davon zeugt auch das folgende Flugblatt: „Der Hauptfeind steht im eigenen Land“ (1915). Es ist geschrieben nach dem Kriegseintritt Italiens auf Seiten der Entente-Mächte Frankreich, Großbritannien und Russland. Damals versuchten die Imperialisten in Deutschland und Österreich-Ungarn die Kriegserklärung Italiens an Österreich zu nutzen, um die bereits kriegsmüde Bevölkerung erneut in einen nationalistischen Taumel zu versetzen. Liebknecht hingegen erinnerte daran: Die Hauptschuld an diesem Weltenbrand tragen die Mittelmächte Deutschland und Österreich-Ungarn. Zwar verdienten es auch die italienischen Kriegshetzer, gebrandmarkt zu werden, aber der Hauptgegner des deutschen Volkes – wie eines jeden Volkes – stehe im eigenen Land. Im Folgenden dokumentieren wir das Flugblatt im Wortlaut.

Was seit zehn Monaten, seit dem Angriff Österreichs auf Serbien, täglich zu erwarten war, ist eingetreten: **Der Krieg mit Italien ist da.**

Die Volksmassen der kriegführenden Länder haben begonnen, sich aus den amtlichen Lügennetzen zu befreien. Die Einsicht in die Ursachen und Zwecke des Weltkrieges, in die unmittelbare Verantwortlichkeit für seinen Ausbruch hat sich auch im deutschen Volk verbreitet. Der Irrwahn heiliger Kriegsziele ist mehr und mehr gewichen, die Kriegsbegeisterung geschwunden, der **Wille zum schleunigen Frieden** mächtig emporgewachsen, allenthalben – auch in der Armee!

Eine schwere Sorge für die deutschen und österreichischen Imperialisten, die sich vergeblich nach Rettung umsahen. Sie scheint ihnen jetzt gekommen. Italiens Eingreifen in den Krieg soll ihnen die willkommene Gelegenheit bieten, neuen Taumel des Völkerhasses zu entfachen, den Friedenswillen zu ersticken, die Spur ihrer eigenen Schuld zu verwischen. Sie spekulieren auf die Vergeßlichkeit des deutschen Volkes, auf seine nur allzuoft erprobte Langmut.

Würde der saubere Plan glücken, das Ergebnis zehnmontatiger blutiger Erfahrung wäre zunichte, das internationale Proletariat stünde wiederum entwaffnet da, völlig ausgeschaltet als selbständiger politischer Faktor.

Der Plan muß zuschanden werden – sofern der dem internationalen Sozialismus treu gebliebene Teil des deutschen Proletariats seiner geschichtlichen Sendung in dieser ungeheuren Zeit eingedenk und würdig bleibt.

Die Feinde des Volkes rechnen mit der Vergeßlichkeit der Massen – wir setzen dieser Spekulation entgegen die Losung: Alles lernen, nichts vergessen!

Nichts vergessen !

Wir haben erlebt, daß beim Kriegsausbruch die Massen von den herrschenden Klassen mit lockenden Melodien für den kapitalistischen Kriegszweck eingefangen wurden. Wir haben erlebt, wie die schillernden Seifenblasen der Demagogie zerplatzten, die Narrenträume des August verflogen, wie statt des Glücks Elend und Jammer über das Volk kamen; wie die Tränen der Kriegswitwen und Kriegswaisen zu Strömen anschwellen; wie die Erhaltung der Dreiklassenschmach, die verstockte Heiligspredung der Vereingkeit: Halbabsolutismus – Junkerherrschaft – Militarismus – Polizeiwillkür zur bitteren Wahrheit wurde.

Durch die Erfahrung sind wir gewarnt – alles lernen, nichts vergessen !

Widerwärtig sind die Tiraden, mit denen der italienische Imperialismus seine Raubpolitik verbrämt; widerwärtig ist jene römische Tragikomödie, in der auch die landläufig gewordene Grimasse des „Burgfriedens“ nicht fehlt. Noch widerwärtiger ist jedoch, daß wir in alledem nur wie in einem Spiegel die deutschen und österreichischen Methoden vom Juli und August 1914 wiedererkennen.

Jede Brandmarkung verdienen die italienischen Kriegshetzer. Aber sie sind nichts als die Abbilder der deutschen und österreichischen Kriegshetzer, jener Hauptschuldigen am Kriegsausbruch. **Gleiche Brüder, gleiche Kappen!** [...]

Von wem hat es Rechenschaft zu fordern für die neuen Opfer-Hekatomben, die sich türmen werden ?

Es bleibt dabei: Das österreichische Ultimatum an Serbien vom 23. Juli 1914 war die Brandfackel, die die Welt entzündete, wenn auch der Brand erst spät auf Italien übergriff.

Es bleibt dabei: Dieses Ultimatum war das Signal für die Neuverteilung der Welt und rief mit Notwendigkeit alle kapitalistischen Raubstaaten auf den Plan.

Es bleibt dabei: Dieses Ultimatum rollte die Frage der Vorherrschaft auf dem Balkan, in Kleinasien und im ganzen Mittelmeer und damit auch alle Gegensätze zwischen Österreich-Deutschland und Italien mit einem Schlage auf. [...]

Der Hauptfeind jedes Volkes steht in seinem eigenen Land!

Der Hauptfeind des deutschen Volkes steht in Deutschland: der deutsche Imperialismus, die deutsche Kriegspartei, die deutsche Geheimdiplomatie. Diesen Feind im eigenen Lande gilt's für das deutsche Volk zu bekämpfen, zu bekämpfen im politischen Kampf, zusammenwirkend mit dem Proletariat der anderen Länder, dessen Kampf gegen seine heimischen Imperialisten geht.

Wir wissen uns eins mit dem deutschen Volk – nichts gemein haben wir mit den deutschen Tirpitzern und Falkenhayns, mit der deutschen Regierung der politischen Unterdrückung, der sozialen Knechtung. Nichts für diese, alles für das deutsche Volk.

Alles für das internationale Proletariat, um des deutschen Proletariats, um der getretenen Menschheit willen!

Die Feinde der Arbeiterklasse rechnen auf die Vergeßlichkeit der Massen – sorgt, daß sie sich gründlich verrechnen!

Quelle: mlwerke.de, Hervorhebungen im Original

4. Palmiro Togliatti und der Friedenskampf gestern und heute

Palmiro Togliatti (1893–1964) war Gründungsmitglied und Generalsekretär der Kommunistischen Partei Italiens (PCI), der in den 1930er Jahren auch eine führende Rolle in der Kommunistischen Internationale innehatte, und der unter dem Decknamen Ericoli eines der Hauptreferate auf dem VII. Weltkongress 1935 hielt. Nach dem Ende des 2. Weltkrieges waren die italienischen Kommunisten, denen im Widerstand gegen die deutsche Besatzung Italiens eine Schlüsselrolle zukam, eine einflussreiche politische Kraft geworden und Togliatti galt als Architekt einer möglichen antifaschistisch-demokratischen Umgestaltung Italiens. Im Folgenden dokumentieren wir den Artikel „Palmiro Togliatti und der Friedenskampf gestern und heute“ des italienischen Philosophen Domenico Losurdo (Marxistische Blätter 2/2017, S.94–102). Der Artikel unterstreicht mit Blick auf die historische Debatte die ideologische und politische Bedeutung der Frage nach der Hauptgefahr für den Frieden und dem Hauptgegner anti-imperialistischer Kräfte, ohne den Anspruch zu erheben, eine vollständige Analyse der heutigen zwischen-imperialistischen Beziehungen zu leisten. Die ersten beiden Zwischenüberschriften stammen von der Bildungskommission; die Literaturliste wurde auf die im Auszug verwendeten Titel reduziert.

[Die Wende von 1935]

[...] Bekanntlich war Togliatti einer der großen Protagonisten der Wende von 1935, mit der die Kommunistische Internationale den Nazi-Faschismus zum Hauptfeind erklärte und gegen ihn die Politik der Einheitsfront und der Volksfront betrieb. Diese Haltung einzunehmen fiel den Kommunisten nicht leicht. Die trotzkistische Propaganda wurde nicht müde, sie als einen Verrat am Antikolonialismus zu denunzieren, da die beiden damaligen großen Kolonialimperien (das britische und das französische) somit zu sekundären Gegnern und sogar zu möglichen Verbündeten der Sowjetunion erklärt wurden.

Widerstand gegen die neue politische Linie kam auch aus anderen Richtungen. Nehmen wir Carlo Rosselli. In seinen letzten Lebensjahren, bevor er im Juni 1937 von Killern Mussolinis ermordet wurde, stand der führende Kopf des italienischen Liberalsozialismus den Kommunisten recht nahe und blickte mit Sympathie auf die „gigantische russische Erfahrung“ einer „sozialistischen Revolution“ und einer „sozialistische Organisation der Produktion“ (Rosselli 1988, S. 381).

Und doch, zumindest anfangs äußerte Rosselli Bedenken gegen die Wende der Komintern und gab ihnen im Namen der revolutionären Orthodoxie Ausdruck: „Die traditionelle marxistische These wurde fallen gelassen, und man ist immer mehr in Richtung der These vom ‚demokratischen Krieg‘ gerutscht. Der derzeitige Konflikt wäre dann nicht mehr die Folge eines imperialistischen Konflikts, sondern eines Konflikts zwischen pazifistischen Staaten (dem proletarische Staat) und dem Faschismus, vor allem dem deutschen Faschismus.“ Die kommunistischen Parteien, zumindest „in den mit Russland verbündeten Ländern, werden zum Burgfrieden verpflichtet“ (Rosselli 1989–92, Bd. 2, S. 328f.). Und das heißt, dass die Kommunisten, wenn sie das Banner der antifaschistischen Einheit hochhielten, dieselben hurrapatriotischen Schlagworte verwendeten, die sie während des Ersten Weltkriegs verurteilt hatten.

Diese Argumentation übersah oder begriff nicht die radikalen Veränderungen, die sich im internationalen Rahmen vollzogen hatten. Derselbe Repräsentant des Liberalsozialismus schrieb am 9. November 1934: „der Fall der Sowjetherrschaft wäre ein entsetzliches Unglück, das wir gemeinsam zu verhindern suchen müssen“ (Rosselli 1988, S. 304). Es war nämlich seit 1914 ein neuer Widerspruch entstanden, der zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Und das war nur ein Aspekt. Zwanzig Jahre zuvor hatte Lenin den Ersten Weltkrieg als einen „Krieg, den die Sklavenhalter führen, um die Sklaverei aufrechtzuerhalten und zu verstärken“ bezeichnet und hinzugefügt: „Das Eigenartige der Lage besteht darin, dass in diesem Kriege die Geschicke der Kolonien durch den Krieg auf dem Kontinent entschieden werden.“ (LW 21, S. 301 u. 303f.); die Initiative lag ausschließlich bei den „Sklavenhaltern“, den kolonialistischen und imperialistischen Großmächten.

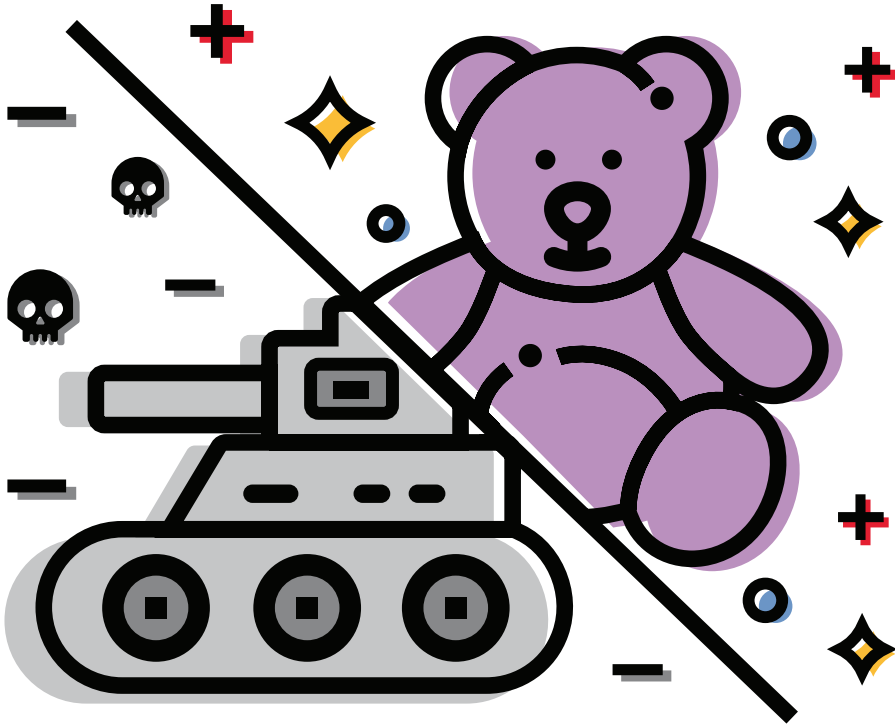
Dies galt nicht mehr am Vorabend und während des Zweiten Weltkriegs: Gefördert von der Oktoberrevolution, hatte bereits die weltweite antikoloniale Revolution begonnen; die kolonialen Sklaven hatten ihre Passivität und Resignation überwunden. Neben dem zwischenimperialistischen Widerspruch, der charakteristisch für den Ersten Weltkrieg war, wirkten nun zum einen der Widerspruch zwischen Kapitalismus und Sozialismus, zum anderen der Widerspruch zwischen den großen Kolonialmächten einer- und den revoltierenden Kolonialsklaven andererseits. Und dieser letztgenannte Widerspruch wurde umso schärfer wegen des Bestrebens der in der Offensive befindlichen imperialistischen Mächte (Hitlerdeutschland, japanischer Imperialismus, faschistisches Italien), die koloniale Tradition aufzunehmen und zu radikalieren und dabei auch Völker von alter Kultur (wie Russland und China) zu unterwerfen und zu versklaven. Sogar ein Land wie Frankreich war der Gefahr kolonialer oder neokolonialer Unterwerfung ausgesetzt.

[„Barocker Antiimperialismus“]

Wahrscheinlich lässt sich der Widerstand gegen die Wende von 1935 aber nicht nur aus der Schwierigkeit erklären, das Neue in der internationalen Lage zu begreifen. Gerade weil er von dem Bestreben gekennzeichnet ist, ein ganzheitliches Verständnis der gesellschaftlich-geschichtlichen Totalität zu ermöglichen, wird der Marxismus zuweilen gelesen (und missverstanden) als eine Theorie, die die Komplexität der historischen und sozialen Prozesse vereinfacht und einebnen. Gramsci (1975, S. 1442) hat aufmerksam gemacht auf die „kindische Abweichung von der Philosophie der Praxis“, welche die Rolle der Ideen und Ideologien vernachlässigt und die „barocke Überzeugung“ nährt, „dass man, je mehr man sich auf ‚materielle‘ Objekte beziehe, desto orthodoxer“ – und damit ein getreuer Anhänger des historischen Materialismus – sei. Eine nicht nur in philosophischer, sondern auch in stilistischer Hinsicht denkwürdige Bemerkung: Die sogenannten Vertreter der Orthodoxie werden als Anhänger einer „barocken Überzeugung“ verspottet! Diese kann sich leider auch auf einer anderen Ebene zeigen: Wo es um die Analyse der internationalen Beziehungen geht, fehlt es nicht an Leuten, die sich für umso konsequentere Verfechter des Antiimperialismus halten, je länger die von ihnen geführte Liste der imperialistischen Staaten ist, die alle auf die gleiche Stufe gestellt werden!

Friedensrechner

ca. 520 Kindertagesstätten



225 Leopard-2 Panzer

Abrüsten statt Aufrüsten!

DKP
news.dkp.de

wies 1916, als er den klassischen Kolonialismus vom Neokolonialismus unterschied, darauf hin, dass letzterer sich nicht auf die politische, sondern auf eine „ökonomische ‚Annexion‘“ stützt, und führt in diesem Zusammenhang neben dem Beispiel Argentiniens auch das Portugals an, das „faktisch ein ‚Vasall‘ Englands“ sei (LW 23, S. 36). Der große Revolutionär übersah dabei gewiss nicht, dass auch Portugal Besitzer eines Kolonialreichs war (gegen den natürlich der Kampf fortgesetzt werden musste); dennoch war der Hauptaspekt (was nicht außer Acht bleiben durfte) die neokoloniale Abhängigkeit Portugals, das in gewisser Weise zumindest auf ökonomischem Gebiet zu einem Bestandteil des britischen Imperiums geworden war. Im Übrigen haben wir gesehen, dass Lenin 1916 die neokoloniale Unterwerfung selbst eines Landes wie Frankreich, das seinerseits ein großes Kolonialimperium besaß, durch das wilhelminische Deutschland für möglich hielt.

Vor dem Hintergrund dieser Sicht Lenins kritisierte Togliatti das, was man ein barockes Verständnis von Antiimperialismus nennen könnte: „Wenn es wahr ist, dass eine der Grundeigenschaften des Bolschewismus, eine der grundlegenden Besonderheiten unserer revolutionären Strategie die Fähigkeit ist, in jedem gegebenen Moment festzustellen, wer der Hauptfeind ist, und zu verstehen, alle Kräfte auf den Kampf gegen diesen Feind zu konzentrieren, so müssen wir im gegenwärtigen Augenblick und angesichts der gegebenen Situation um so mehr den Nachweis für diese unsere Fähigkeit erbringen“ (TO 3.2; S. 747). [...]

Der Imperialismus der USA und die wachsende Kriegsgefahr

Um eines klarzustellen: Wir wollen hier kein Analogienspiel betreiben. Auch die heutigen politischen Verhältnisse lassen sich nur verstehen, wenn wir uns um eine konkrete Analyse der konkreten Situation bemühen. Und diese Aufgabe ist noch weitgehend ungelöst. Immerhin können wir ein paar Dinge bereits festhalten. Selbstverständlich müssen wir weiterhin auf die schändliche Rolle von Ländern wie Deutschland und Italien bei der Zerschlagung und dem Krieg gegen Jugoslawien hinweisen, oder auf die schändliche Rolle Italiens im Krieg gegen Libyen und Deutschlands beim Staatsstreich in der Ukraine; von der schändlichen Rolle Frankreichs zuerst unter Sarkozy, dann unter Hollande in den Kriegen gegen Libyen und gegen Syrien ganz zu schweigen. Aber alle diese und andere neokolonialen Schandtaten waren nur möglich dank der militärischen Übermacht und der hegemonialen Rolle der USA, die sie zuweilen in mehr oder weniger direkter Weise gefördert haben. Doch wenn wir uns Gedanken machen über die Gefahr eines neuen großen Krieges, der sich am Horizont abzeichnet, kommen wir nicht umhin, die tiefgreifenden Veränderungen gegenüber der Vergangenheit zu berücksichtigen.

Am Vorabend des Ersten wie des Zweiten Weltkriegs gab es zwei entgegengesetzte Militärbündnisse; heutzutage existiert praktisch nur noch ein gigantisches Militärbündnis, die NATO, die sich immer mehr ausdehnt und die weiterhin unter der strikten Kontrolle der USA steht. Am Vorabend des Ersten und des Zweiten Weltkriegs beschuldigten sich die kapitalistischen Hauptländer wechselseitig, das Wettrüsten zu entfesseln; heutzutage dagegen kritisieren die USA ihre Verbündeten, weil sie sie nicht noch mehr Ressourcen dem Militärhaushalt widmen, weil sie die Politik der Hochrüstung nicht genügend beschleunigen. Offenkundig ist der Krieg, an den man in Washington denkt, kein Krieg gegen Deutschland, Frankreich oder Italien, sondern ein Krieg gegen China (das Land, das aus der größten antikolonialen Revolution hervorging und von einer erfahrenen kommunistischen Partei geführt wird) und/oder gegen Russland (das mit Putin, aus Sicht des Weißen Hauses, den unverzeihlichen Fehler beging, die neokoloniale Kontrolle abzuschütteln, der sich Jelzin gefügt oder angepasst hatte). Und diesen großen Krieg, der sogar die Schwelle zum Atomkrieg überschreiten könnte, hoffen die Vereinigten Staaten erforderlichenfalls unter subalternen Beteiligung von Deutschland, Frankreich, Italien und der anderen NATO-Länder führen zu können.

Die Gefahr eines Kriegs, der entfesselt wird von der Supermacht, die sich, einzigartig in der Welt, weiterhin für „God’s own country“ hält, von der Supermacht, die seit langem danach trachtet, sich „die Möglichkeit eines ungestraften [atomaren] Erstschlags“ garantieren zu können (Romano 2014, S. 29), von der Supermacht, die auch in unserem Land Militärstützpunkte und Atomwaffen unterhält, welche direkt oder indirekt von Washington kontrolliert werden – dies ist daher die konkrete Kriegsgefahr, gegen die es heute zu kämpfen gilt. Und wir können dieser wachsenden Gefahr umso wirksamer begegnen, je besser wir es verstehen, angepasst natürlich an die heutige Lage, die große Lehre Palmiro Togliattis umzusetzen.

Literatur

Antonio Gramsci 1975: Quaderni del carcere, Turin

Wladimir I. Lenin 1960ff.: Werke, Berlin (Auf diese Ausgabe wird im Text mit dem Kürzel LW und der Angabe des Bandes hingewiesen.)

Sergio Romano 2014: Il declino dell’impero americano, Mailand

Carlo Rosselli 1988: Scritti politici, Neapel

Carlo Rosselli 1989–92: Scritti dell’esilio, Turin

Palmiro Togliatti 1973–84: Opere, Rom (Auf diese Ausgabe wird im Text mit dem Kürzel TO und der Angabe des Bandes hingewiesen.)

5. Aus den Beschlüssen des 22. Parteitags der DKP

Die DKP entwickelt ihre Politik im Interesse des Friedens und der Abrüstung auf Grundlage einer Analyse der internationalen Beziehungen. Diese sind gegenwärtig geprägt von einer Offensive der imperialistischen Staaten unter Führung der USA gegen diejenigen Staaten, die sich für einen sozialistischen und antiimperialistischen Entwicklungsweg entschieden haben. Im Folgenden dokumentieren wir in Auszügen die Beschlusslage des 22. Parteitages der DKP vom 2.–4. März 2018.

V. Widersprüche und Gegenkräfte zur Offensive des Imperialismus

[...] Die führenden imperialistischen Mächte sind sich einig in ihrer Strategie der Einkreisung der Russischen Föderation und der Volksrepublik China. Dies stellt heute die Hauptkriegsgefahr dar. Wenn die VR China und die Russische Föderation ihre Souveränität gegen diese Einkreisungspolitik verteidigen, ist dies legitim. Durch ihre Interessen an einer multipolaren Welt verteidigen sie die Charta der Vereinten Nationen in ihrer Außenpolitik. Auch wenn die Multipolarität die systembedingten innerimperialistischen Widersprüche und schon gar nicht die Widersprüche zwischen dem imperialistischen Block und den antiimperialistisch oder sozialistisch orientierten Staaten keineswegs lösen kann, sondern diese sogar teilweise vertieft, begrenzt sie die Dominanz der imperialistischen Hauptmacht USA. Dies liegt objektiv im Interesse der Friedensbewegung und der antiimperialistischen Kräfte der Welt. Dabei übersehen wir keineswegs, dass die Russische Föderation ein kapitalistisches Land ist; aber es wird bedroht wegen seiner auf Souveränität und Verteidigung der Charta der Vereinten Nationen ausgerichteten Außenpolitik

Durch die antirussische und antichinesische Ausrichtung der NATO und ihre Ausdehnung bis unmittelbar an die Westgrenzen der Russischen Föderation wächst die Gefahr, dass sich regionale Stellvertreterkriege zu einer Konfrontation zwischen dem größten imperialistischen Kriegspakt NATO auf der einen und der Russischen Föderation und China auf der anderen Seite zuspitzen. [...]

Die Zunahme zwischenimperialistischer Widersprüche und die Rolle des deutschen Imperialismus

[...] Doch auch die Konflikte zwischen den imperialistischen Hauptländern sind nicht mehr zu verbergen. Die US-Bourgeoisie will die europäischen Staaten stärker an den Militär- und Kriegskosten ihres überdehnten Imperiums beteiligen. Auf Drängen des militärisch-industriellen Komplexes, welches seinen Ausdruck in der Schaffung von PESCO findet, versucht sich die EU eine eigene militärische Schaltzentrale zu verschaffen, die neben und unabhängig vom US-Imperialismus handeln kann. Mit dem „Brexit“ verlässt erstmals ein Land die EU. Die Macht des Monopolkapitals als Spitzensektor der Kapitalistenklasse ist durch diese Risse aber nicht gefährdet. [...]

Das imperialistische Deutschland setzte nach 1945 zu keiner Zeit auf einen eigenständigen Weg gegenüber der NATO, sondern akzeptierte die Rolle der USA als die eines wohlwollenden Hegemonen. Entsprechend seines besonderen ökonomischen Gewichts strebt der deutsche Imperialismus aber zunehmend nach größerem Einfluss innerhalb des Militärbündnisses und nach einer Forcierung der EU-Militarisierung. 2013 forderte die Studie „Neue Macht – neue Verantwortung“ der Stiftung Wissenschaft und Politik eine deutlich aggressivere deutsche Außenpolitik, die an der Seite der USA, in der Ukraine umgehend praktiziert wurde. Demnach sollen bewährte Partnerschaften Vorrang haben vor den Beziehungen zu den aufsteigenden Mächten. Deutschland müsse Mächte wie Russland einbinden „oder sie einhegen, indem es sie in ihrem Handlungsspielraum einengt“. Die NATO sei ein „Kräfteverstärker für deutsche sicherheitspolitische Interessen“. Russophobie und Sanktionen gegen die Russische Föderation, die Bundeswehr an den EU-Ostgrenzen, das stärkere neokolonialistische Engagement in Nahost und Afrika, einschließlich von Militäreinsätzen, folgen dieser Strategie. [...]

Angesichts der Unsicherheit über den US-Kurs unter Trump wird erneut mehr europäische Autonomie gefordert und die in der BRD ohnehin geplante massive Erhöhung der Rüstungsausgaben als Beitrag zur Verteidigung der „Werte und Prinzipien des

Westens“ verklärt. Laut SIPRI Jahrbuch 2017 summieren sich die Rüstungsausgaben der USA, des Spitzenreiters, auf 611 Milliarden, Chinas auf 211 Milliarden, Saudi-Arabiens auf 63,7 Milliarden, Indiens auf 56 Milliarden und Deutschlands auf 41,1 Milliarden. Dagegen belaufen sich die russischen Militärausgaben derzeit mit 69.2 Milliarden nur auf 27 Prozent dessen, was die europäischen NATO-Staaten ausgeben und auf etwas mehr 10% der US-Ausgaben. Die Bundesregierung will künftig ihre Ausgaben schrittweise auf die von der NATO vereinbarten 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aufstocken, das entspräche rund 70 Milliarden Euro.

Die forcierte Aufrüstung der Bundeswehr kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass der US-Imperialismus in militärischer und auch ökonomischer Hinsicht auf absehbare Zeit die führende Kraft im imperialistischen Lager bleiben wird, in dessen Windschatten die deutsche Monopolbourgeoisie bleibt, um ihre expansiven Interessen im Weltmaßstab durchzusetzen und ihre Rolle weitere auszubauen.

Die DKP bezieht Position gegen die sogenannte Äquidistanzthese, nach der die aggressive NATO-Strategie und die Art, wie Russland sich dagegen verteidigt, auf eine Stufe gestellt werden. Sie grenzt sich ab von sogenannten antideutschen Bewegungen und Positionen, die unter Negierung von deren imperialistischem Charakter die USA und deren Haupt- und Juniorpartner im Nahen Osten, Israel, gegen Kritik verteidigen, die sie als Antiamerikanismus bzw. Antisemitismus diffamieren.

Sie hält Hoffnungen und Erwartungen, dass durch den Aufstieg Russlands und Chinas eine „multipolare Weltordnung“ entstehen könnte, die eine dauerhafte solidarische oder zumindest friedliche Regelung der internationalen Beziehungen ermöglicht, allerdings für illusionär. Anders als vor 1989 gibt es kein starkes sozialistisches Lager mehr, das den Imperialismus durch seine militärische Kraft dazu zwingen kann, seine Aggressionspläne zumindest zeitweilig zu zügeln. Eine „multipolare“ Welt unter kapitalistischen Bedingungen bleibt noch immer eine Welt des Imperialismus, des weltweiten Konkurrenzkampfes und der Kriegsgefahr. Aber unter den Bedingungen einer zunehmenden aggressiven Außenpolitik des US-Imperialismus und des NATO-Blocks kommt es auch darauf an, Widersprüche zwischen den konkurrierenden kapitalistischen und imperialistischen Staaten und auch die Widersprüche zwischen dem imperialistischen Lager und den Staaten, die sich für einen sozialistischen und antiimperialistischen Entwicklungsweg entscheiden zu erkennen und für eine Begrenzung der Kriegsgefahr auszunutzen. Dass dies möglich ist, wurde in der letzten Zeit durch die Rolle Russlands in Syrien bestätigt. [...]

6. Aktiv gegen die NATO – Kommunistische Parteien in Europa

Trotz des Endes der sozialistischen Staaten in Europa und der Sowjetunion finden seit Ende der 1990er Jahre wieder regelmäßige internationale Treffen zwischen Arbeiter- und kommunistischen Parteien statt. Neben der gemeinsamen Diskussion um politische und ideologische Fragen liegt der Schwerpunkt gemeinsamer Aktivitäten vor allem im Kampf gegen die imperialistischen Kriege in Jugoslawien, in Afghanistan und im Irak. Diese erschöpfen sich nicht in punktuellen Aktivismus, sondern sind verbunden mit einem grundsätzlichen Kampf gegen imperialistische Bündnisse wie die NATO. Im Folgenden werden schlaglichtartig die Aktivitäten einiger Kommunistischer Parteien in Europa vorgestellt.

Gegen die NATO-Mitgliedschaft – Ungarn und Finnland

In Osteuropa kämpfte die Ungarische Kommunistische Arbeiterpartei, die seit dem gesetzlichen Verbot des Bezuges auf den Marxismus und den Sozialismus im Jahr 2013 Ungarische Arbeiterpartei (UAP) heißt, gegen die NATO-Mitgliedschaft des Landes. Nach dem Ende des Warschauer Paktes, 1991 war Ungarn zunächst formal ein neutrales Land, jedoch schon bald, bereits 1994, drängten die bürgerlichen Parteien auf eine Mitgliedschaft im NATO-Partnerschaftsprogramm. Der Kampf für ein neutrales Ungarn wurde von der Partei offensiv geführt. Sie initiierte 1995 ein Referendum gegen die drohende NATO-Mitgliedschaft Ungarns, für dessen Durchführung 180.000 wahlberechtigte Ungarn unterschrieben. Nach

erheblichen Druck und Massenprotesten ließ die ungarische Regierung selbst ein Referendum durchführen, bei dem 500.000 Wähler (ca. 15%) die NATO-Mitgliedschaft ablehnten. Im Jahr 1999 wurde Ungarn schließlich im Zuge der sog. NATO-Osterweiterung offizielles NATO-Mitglied. Ein fataler Entschluss, denn die NATO-Militärbasen auf ungarischen Boden wurden im Jugoslawienkrieg direkt für die Aggression gegen das Nachbarland genutzt, wogegen die Arbeiterpartei als einzige ungarische Partei demonstrierte.

Finnland war während des Kalten Krieges ein weitgehend neutrales Land mit guten Beziehungen zur Sowjetunion. Nach dessen Ende wurde das Land jedoch von einer Wirtschaftskrise erfasst, und dessen Eliten suchten die Anbindung an die Europäische Gemeinschaft (EG). Eine mögliche NATO-Mitgliedschaft stellt sich jedoch als eine schwierige Aufgabe für die finnischen bürgerlichen Parteien dar. Der konservative Präsident Niinistö ist ein bekennender Befürworter der NATO und hat sich lange Zeit für einen NATO-Beitritt des Landes stark gemacht. Jüngste Umfragen aus 2018 zeigen jedoch deutlich, dass mehr Menschen (47%) für ein unabhängiges Finnland sind. Nur 39% der Befragten wollten, dass Finnland NATO-Mitglied wird. Um das Land dennoch stärker an die NATO zu binden, konzentriert sich die Regierung daher derzeit auf ein Drei-Staaten-Militärabkommen zwischen Finnland, Schweden und den USA. Die Kommunistische Partei Finnlands hat als einzige Partei der Unterzeichnung eines solchen Militärabkommens widersprochen. Sie wehrt sich zudem aktiv gegen die massive Aufrüstung, der sich alle im finnischen Parlament vertretenen Parteien verschrieben haben: Kampfflugzeuge und -schiffe für rund 30 Milliarden Euro, ein Vielfaches des jährlichen Verteidigungsbudgets.

Gegen die NATO-Kriegsmaschine – Belgien, Spanien und Frankreich

In Westeuropa war u. A. die belgische Arbeiterpartei (PTB-PVDA) in den letzten Jahrzehnten aktiv im Kampf gegen die NATO-Kriegsmaschinerie des US-geführten Imperialismus. Die NATO unterhält in Belgien strategische Einrichtungen: So befindet sich das NATO-Hauptquartier in Brüssel. In Mons befindet sich zudem das „Oberste Hauptquartier der alliierten Streitkräfte in Europa“ (SHAPE), das für alle Einsätze der NATO-Streitkräfte zuständig ist und vom Oberkommandierenden der US-Truppen in Europa geführt wird. Die PTB und ihre ehemalige anti-imperialistischen Massenorganisationen spielten eine führende Rolle in der Protestbewegung gegen den NATO-Krieg gegen Jugoslawien. Seither hat sich die PTB bei NATO-Gipfeln in verschiedenen Ländern gegen NATO-Proteste eingesetzt, darunter auch solche, bei denen die NATO-Erweiterung beschlossen und umgesetzt wurde. Ebenso hat die PTB aktiv an allen Protestbewegungen gegen die von den USA und der NATO geführten Angriffskriege gegen Afghanistan, Irak, Libyen, Syrien teilgenommen. Auf dem NATO-Gipfel am 24. Mai 2017 trat die PTB der großen, von Jugendlichen organisierten Protestkundgebung „Trump not Welcome“ in Brüssel bei. In Belgien sind die PTB und ihre Studentenbewegung Comac aktiv an einer Kampagne beteiligt, den Kauf neuer Kampfflugzeuge zu stoppen, sowie an einer weiteren Kampagne, die darauf zielt, die US-Atombomben abzuziehen, die auf belgischem Boden stationiert sind.

In Spanien wiederum, das bis 1975 unter der faschistischen Franco-Diktatur zu leiden hatte, beschloss im Jahr 1981 die damals regierende Mitte-Rechts Regierung, die NATO-Mitgliedschaft des Landes zu beantragen. Im Jahr 1982 trat das Land dem Bündnis bei. Die Sozialisten und die KP Spaniens sammelten jeweils eine halbe Million Unterschriften für ein Referendum, bei dem 1986 fast 7 Millionen spanischer Wähler (43%) für die Beendigung der NATO-Mitgliedschaft des Landes stimmten. Darüber hinaus forderte man den Rückzug der US-Streitkräfte (die Rückgabe der Flottenstützpunkte) und den Abzug der Atomwaffen, die auf spanischem Territorium stationiert waren. Heute knüpft die KP an diesen Erfahrungen an. Sie mobilisiert gegen die Vereinbarung der NATO-Länder, im nächsten Jahrzehnt 2% ihres Bruttoinlandsproduktes für ihre Verteidigungshaushalte bereitzustellen. So soll Spanien seine Militärausgaben bis 2024 nahezu verdoppeln, um den USA im Kampf gegen China und Russland zu „helfen“. In Lettland sind bereits spanische Panzer, in Litauen bereits spanische Eurofighter stationiert. Die spanischen Kommunisten wollen dagegen mobilisieren und eine breite Bewegung für den Frieden wiederbeleben.

NATO-Mitglied Frankreich wiederum trat im Jahr 1966 unter Charles de Gaulle aus Protest gegen die US-Dominanz aus den militärischen Strukturen des Bündnisses aus. Die Fran-

zösische Kommunistische Partei (FKP) hat das seinerzeit begrüßt und als einen Schritt zur Entwicklung des Friedens bewertet. Gleichzeitig kritisierten sie, dass Präsident de Gaulles die Entscheidung nicht konsequent bis zum Austritt Frankreichs aus der NATO fortführte. Die Atommacht wurde erst im Jahr 2009 unter Präsident Sarkozy wieder Vollmitglied der NATO. Die FKP forderte, ein Referendum über diese Frage abzuhalten, konnte sich aber nicht durchsetzen. Die französischen Kommunisten fordern noch heute, dass Frankreich aus der NATO austritt. Sie sprechen sich darüber hinaus für die Auflösung des Militärpakts aus. Die französische KP hat außerdem vorgeschlagen, dass Frankreich Initiativen ergreift, um Europa zu einem Kontinent des Friedens und zu einem atomwaffenfreien Raum zu machen. Sie unterstützt das Projekt einer europäischen Organisation für gemeinsame Sicherheit und Zusammenarbeit, die für beide Seiten von Vorteil für die wirtschaftliche Entwicklung ist, einschließlich Russlands und aller EU-Mitgliedstaaten und Nicht-EU-Mitgliedstaaten. Die Partei fordert, dass Frankreich 2017 den Atomwaffenverbotsvertrag der Vereinten Nationen (UNWTO) unterzeichnet und ratifiziert. Die Kommunisten wollen außerdem die Budgets für Militärausgaben und die Modernisierung französischer Atomwaffen reduzieren. Die FKP ist AusrichterIn mehrerer europäischer Treffen zu Friedensfragen und nimmt jedes Jahr an den „Friedensmärschen“ teil, die in vielen französischen Städten stattfinden. Sie ist aktives Mitglied der französischen „Nein zum Krieg, keine NATO“-Koordination und beteiligt sich an den sog. Gegengipfeln der NATO, die vom europäischen Netzwerk „Nein zum Krieg, Nein zur NATO“ organisiert werden.

Friedensrechner

ca. 3200 Pflegeheime

140 Eurofighter

Abrüsten statt Aufrüsten!

DKP
news.dkp.de

III. Propaganda für den Frieden

Wer ist hier der Aggressor?

Abschnitt III hinterfragt das Feindbild Russland und arbeitet den aggressiven Charakter der NATO-Politik heraus. Durch die antirussische Ausrichtung der NATO und ihre Ausdehnung bis unmittelbar an die Westgrenzen der Russischen Föderation wächst die Gefahr, dass sich regionale Stellvertreterkriege zu einer Konfrontation zwischen dem größten imperialistischen Kriegspakt NATO auf der einen und der Russischen Föderation auf der anderen Seite zuspitzen. Daher findet sich in diesem Abschnitt ein Text zur NATO-Osterweiterung. Wenn die Russische Föderation ihre Souveränität gegen diese Einkreisungspolitik verteidigt, ist dies legitim. Auf der Basis ihres Interesses an einer multipolaren Welt verteidigen Russland und China mit ihrer Außenpolitik die Charta der Vereinten Nationen. Dies liegt objektiv ebenfalls im Interesse der Friedensbewegung und aller antiimperialistischen Kräfte auf der Welt. Daher wird in diesem Abschnitt ein Auszug aus der Rede von Wladimir Putin aus dem Jahr 2007 dokumentiert, der die sog. „unipolare Weltordnung“ als ungeeignet bezeichnet und als Ursache für eine Zunahme von Spannungen in den internationalen Beziehungen. Eine Rezension des Buches von Uli Gellermann/Friedhelm Klinkhammer/Volker Bräutigam: „Die Macht um acht. Der Faktor Tagesschau“ (PapyRossa Verlag 2017) liefert darüber hinaus Stichworte, wie in den hiesigen Massenmedien die Rolle des Aggressors durch einseitige und falsche Darstellungen verkehrt wird.

Für einen Bildungsabend kann neben den vorliegenden Texten auch ein Auszug aus dem Buch von Gellermann/Klinkhammer/Bräutigam diskutiert werden.

Mögliche Aufgabenstellung für einen Bildungsabend: Erstellt eine Zeitleiste der NATO-Osterweiterung. Diskutiert den Zusammenhang mit der Kampagne „Abrüsten statt aufrüsten“, die sich gegen das NATO Zwei-Prozent-Ziel wendet. Wie begründet die NATO ihr Zwei-Prozent-Ziel? Welchen Interessen dient es?

Die NATO-Expansion nach Osten: Eine Kaskade falscher Versicherungen gegenüber Russland

Im Jahr 1990, am Ende des Kalten Krieges und während BRD und DDR den sog. Einigungsvertrag verhandelten, warben die USA bei dem damaligen Präsidenten der Sowjetunion, Michael Gorbatschow, um dessen Zustimmung für die NATO-Mitgliedschaft eines vereinigten Deutschlands. Entsprechend blumig waren die Aussagen der damaligen Verantwortlichen in der US-Regierung und bei der NATO. Der damalige NATO-Generalsekretär Manfred Wörner, unter Bundeskanzler Helmut Kohl zuvor Verteidigungsminister der BRD, bestimmte als Aufgaben für seine Organisation: „Gorbatschow und jene Kräfte, die sich für Reformen einsetzen, zu unterstützen, solange ihre Reformen Freiheit, Pluralismus und Demokratie fördern“; eine neue europäische Sicherheitsarchitektur „für ganz Europa“ aufzubauen, also unter Einbeziehung der Sowjetunion und der Staaten des Warschauer Vertrages sowie „ein geeintes Deutschland in diesem Sicherheitssystem sowie in den Strukturen des Westens – der Europäischen Gemeinschaft und der NATO – fest zu verankern“. Für die Sowjetunion, die im 2. Weltkrieg mit 27 Millionen Toten die meisten Opfer zu beklagen hatte, war die Zustimmung zu einer Westeinbindung Deutschlands keine Kleinigkeit. Um dieser zustimmen zu können, waren für sie Sicherheitsgarantien unerlässlich. Und eben jene stelle man ihnen in Aussicht: „Gerade die Tatsache, dass wir bereit sind, NATO-Truppen nicht über das Gebiet der Bundesrepublik hinaus zu stationieren, gibt der Sowjetunion feste Sicherheitsgarantien“ (Manfred Wörner, 1990). US-Außenminister James Baker versicherte bei einem Treffen mit Gorbatschow im Februar 1990, es werde „keine Ausweitung der gegenwärtigen Nato-Jurisdiktion nach Osten geben“. Gorbatschow setzte nach: „Jede Erweiterung der Zone der Nato ist unakzeptabel.“ Bakers Antwort: „Ich stimme zu.“ (FR, 10.09.2008)

Russen raus – USA rein

Im Nachhinein lässt sich die Haltung Gorbatschows nur als leichtgläubig bezeichnen, genauso wie die des russischen Präsidenten Boris Jelzin, der nach der Zerstückelung der Sowjetunion 1991 das erste Staatsoberhaupt des neuen kapitalistischen Russlands wurde. Obwohl zwar seit der radikalen Einführung kapitalistischer Eigentumsverhältnisse westliche

Geldgeber und Berater im Kreml ein und aus gingen, betrachtete man dort die Frage der NATO-Mitgliedschaft der Mittel-, osteuropäischen und baltischen Staaten weiter als neutralistisch für die Sicherheit Russlands. US-Präsident Clinton versprach Jelzin im Jahr 1993 eine „Partnerschaft für den Frieden“, unter Einbeziehung Russlands. Zeitgleich gestand man jedoch der Tschechoslowakei und Polen zu, dass diese Partnerschaft zu einer vollen NATO-Mitgliedschaft führen würde.

In Wirklichkeit handelte es sich dabei nicht um eine Partnerschaft, die Russland einschloss, ein NATO-Beitritt dieser Länder vertiefte vielmehr die erneute Spaltung Europas. Ein NATO-Beitritt Russlands, wie er sogar von Wladimir Putin nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 selbst ins Spiel gebracht wurde, ist von den USA gar nicht gewollt. Für die USA ist die NATO eine Klammer, mit der Washington seinen Einfluss in Europa sichert. Der erste NATO-Generalsekretär, der Brite Lord Ismay, brachte das noch während des 2. Weltkrieges, noch vor der Gründung der NATO, auf den Punkt: Diese Organisation habe den Zweck, „die Russen aus Europa raus, die Deutschen unten und die USA in Europa drin zu halten“.

Neuer Kalter Krieg

Kurz nach Beginn des völkerrechtswidrigen Angriffes auf Jugoslawien 1999 wurde der Einsatzbereich der NATO auf die ganze Welt ausgeweitet. Die USA und ihre Verbündeten gaben sich selbst das Recht, auch ohne Zustimmung des UN-Sicherheitsrates und damit gegebenenfalls entgegen den erklärten Willen der Vetomächte Russland und China militärisch eingreifen zu können. Seither sind weitere sog. militärische Interventionen der NATO unter Führung der USA hinzugekommen: Afghanistan, Irak, Libyen. Die NATO, die bereits 1999 nach Polen, Tschechien und Ungarn expandiert war, wuchs indes von 16 Staaten nach dem Ende des Kalten Krieges auf 29 Länder heute an. Der russische Präsident Putin sprach auf der NATO-Sicherheitskonferenz 2007 bereits von einem „neuen Kalten Krieg“.

Seit dem pro-westlichen Putsch in der Ukraine 2014 und dem militärischen Vorgehen der ukrainischen Regierung gegen aufständische Provinzen, haben die Spannungen zwischen USA und Russland weiter zugenommen. Der Krieg in der Ukraine steht in einem unmittelbaren Zusammenhang mit der EU- und NATO-Anbindung des russischen Nachbarlandes. Der ehemalige Botschafter der USA in Moskau, Jack Matlock, reflektierte selbstkritisch: „Wir, also jene, die das Ende des Kalten Krieges verhandelt haben, haben immer gewarnt: Macht keine Sicherheitsangelegenheit daraus. Benutzt keine Kalter-Krieg-Allianz. [...] 2008 entschied die NATO, die Ukraine auf eine Spur zur Mitgliedschaft zu setzen. Ein in seinem Inneren tief gespaltenes Land, direkt vor Russlands Türe. Das alles waren sehr dumme Schachzüge des Westens. Heute haben wir die Reaktion darauf“ (taz, 14.09.2014).

Im Zuge der Ukraine-Krise wurde Russland von NATO-Offiziellen wie dem Generalsekretär Fogh Rasmussen als Gefahr „für den Frieden und die Sicherheit in Europa“ bezeichnet. Tatsächlich stellt es sich genau anders herum dar: Die NATO-Expansion und die Konfrontation der USA und ihrer Verbündeten mit Russland haben diese gespannte Lage erst geschaffen. Es kann daher resümiert werden: Die Hauptgefahr für den Frieden in Europa geht von der NATO aus.

Quellen:

Manfred Wörner: The Atlantic Alliance and European Security in the 1990s. Brüssel, 17. Mai 1990 Florian Hassel: Erst Manöver, dann Krieg. Frankfurter Rundschau, 10.09.2008 Interview mit Jack Matlock, taz, 14.09.2014

Wladimir Putin: Rede auf der Münchner NATO-Sicherheitskonferenz 2007

In den westlichen Medien erlangte die Rede des russischen Präsidenten Wladimir Putin auf der sog. Münchener Sicherheitskonferenz 2007 einiges Aufsehen. In einer bis dahin ungewohnt offenen Art und Weise erläutert das Staatsoberhaupt die Gründe für die zunehmenden bewaffneten Konflikte und die Erosion des internationalen Rechts durch das Bestreben der NATO-Länder, keine politische und militärische Macht neben sich zuzulassen. Wir dokumentieren Auszüge aus dieser Rede, um die Prämissen und Grundlagen der russischen Außenpolitik zu verdeutlichen.

Die monopolare Welt

Vor gerade einmal zwei Jahrzehnten war die Welt ideologisch und wirtschaftlich zerbrochen, aber ihre Sicherheit garantierten die gewaltigen strategischen Potenziale zweier Supermächte. [...]

Die nach dem „Kalten Krieg“ vorgeschlagene monopolare Welt kam auch nicht zu Stande.[...]

Aber was ist eigentlich eine monopolare Welt? Wie man diesen Terminus auch schmückt, am Ende bedeutet er praktisch nur eines: es gibt ein Zentrum der Macht, ein Zentrum der Stärke, ein Entscheidungs-Zentrum.

Es ist die Welt eines einzigen Hausherrn, eines Souveräns. Und das ist am Ende nicht nur tödlich für alle, die sich innerhalb dieses Systems befinden, sondern auch für den Souverän selbst, weil es ihn von innen zerstört.

Das hat natürlich nichts mit Demokratie gemein. Weil Demokratie bekanntermaßen die Herrschaft der Mehrheit bedeutet, unter Berücksichtigung der Interessen und Meinungen der Minderheit.

Nebenbei gesagt, lehrt man uns – Russland – ständig Demokratie. Nur die, die uns lehren, haben selbst, aus irgendeinem Grund, keine rechte Lust zu lernen.

Ich denke, dass für die heutige Welt das monopolare Modell nicht nur ungeeignet, sondern überhaupt unmöglich ist. Nur nicht, weil für eine Einzel-Führerschaft in der heutigen, gerade in der heutigen, Welt weder die militärpolitischen, noch die ökonomischen Ressourcen ausreichen. Aber was noch wichtiger ist – das Modell selbst erweist sich als nicht praktikabel, weil es selbst keine Basis hat und nicht die sittlich-moralische Basis der modernen Zivilisation sein kann.

„Heute beobachten wir eine fast unbegrenzte, hypertrophierte Anwendung von Gewalt in den internationalen Beziehungen“

Damit ist alles, was heute in der Welt geschieht – und wir fangen jetzt erst an, darüber zu diskutieren – eine Folge der Versuche, solch eine Konzeption der monopolaren Welt, in der Welt einzuführen.

Und mit welchem Ergebnis?

Einseitige, oft nicht legitime Handlungen haben nicht ein einziges Problem gelöst. Vielmehr waren sie Ausgangspunkt neuer menschlicher Tragödien und Spannungsherde. Urteilen Sie selbst: Die Kriege, die lokalen und regionalen Konflikte sind nicht weniger geworden. Herr Teltschik hat ganz leicht daran erinnert. Und es sterben nicht weniger Menschen bei diesen Konflikten als früher, sondern sogar mehr. Bedeutend mehr!

Heute beobachten wir eine fast unbegrenzte, hypertrophierte Anwendung von Gewalt – militärischer Gewalt – in den internationalen Beziehungen, einer Gewalt, welche eine Sturmflut aufeinander folgender Konflikte in der Welt auslöst. Im Ergebnis reichen dann nicht die Kräfte für eine komplexe Lösung wenigstens eines dieser Konflikte. Eine politische Lösung ist ebenfalls unmöglich.

Wir sehen eine immer stärkere Nichtbeachtung grundlegender Prinzipien des Völker-

rechts. Mehr noch – bestimmte Normen, ja eigentlich fast das gesamte Rechtssystem eines Staates, vor allem, natürlich, der Vereinigten Staaten, hat seine Grenzen in allen Sphären überschritten: sowohl in der Wirtschaft, der Politik und im humanitären Bereich wird es anderen Staaten übergestülpt. Nun, wem gefällt das schon?

In den internationalen Angelegenheiten begegnet man immer öfter dem Bestreben, die eine oder andere Frage ausgehend von einer so genannten politischen Zielgerichtetheit auf der Grundlage der gegenwärtigen politischen Konjunktur zu lösen.

Das ist allerdings äußerst gefährlich. Es führt dazu, dass sich schon niemand mehr in Sicherheit fühlt. Ich will das unterstreichen – niemand fühlt sich mehr sicher! Weil sich niemand mehr hinter dem Völkerrecht wie hinter einer schützenden Wand verstecken kann. Eine solche Politik erweist sich als Katalysator für das Wettrüsten.[...]

Die Frau Bundeskanzlerin hat schon darauf aufmerksam gemacht. So ist das summierte BIP Indiens und Chinas hinsichtlich der paritätischen Kaufkraft schon größer als das der USA. Das gleichermaßen berechnete BIP der BRIC-Staaten – Brasilien, Russland, Indien und China- übersteigt das BIP der EU. Nach Auffassung der Experten wird diese Entwicklung weiter anhalten. Es besteht kein Zweifel, dass das wirtschaftliche Potenzial neuer Wachstumszentren auf der Welt unausweichlich auch in politischen Einfluss umschlägt und die Multipolarität stärkt.

In diesem Zusammenhang wächst auch ernsthaft die Rolle der mehrseitigen Diplomatie. Offenheit, Transparenz und Berechenbarkeit sind in der Politik ohne Alternative, aber die Anwendung von Gewalt sollte ebenso ausgeschlossen sein, wie die Anwendung der Todesstrafe in den Rechtssystemen einiger Staaten.

Wir beobachten aber heute, im Gegenteil, dass Länder, in denen die Anwendung der Todesstrafe sogar gegenüber Mördern und anderen gefährlichen Verbrechern verboten ist, ungeachtet dessen man militärischen Aktionen teilnehmen, die schwerlich als legitim zu bezeichnen sind. Doch bei diesen Konflikten sterben Menschen – Hunderte, Tausende friedlicher Menschen! [...]

Ich bin überzeugt, dass der einzige Mechanismus zur Entscheidung über die Anwendung von Gewalt als letzte Maßnahme nur die UN-Charta sein darf. In diesem Zusammenhang habe ich auch nicht verstanden, was kürzlich der Verteidigungsminister Italiens gesagt hat, oder er hat sich unklar ausgedrückt. Ich habe jedenfalls verstanden, dass die Anwendung von Gewalt nur dann als legitim gilt, wenn sie auf der Grundlage einer Entscheidung der NATO, der EU oder der UNO basiert. Wenn er das tatsächlich meint, dann haben wir verschiedene Standpunkte. [...] Legitim ist eine Anwendung von Gewalt nur dann zu nennen, wenn ihr ein UNO-Beschluss zu Grunde liegt. Und man darf die UNO nicht durch die NATO oder die EU ersetzen. Und wenn die UNO wirklich die Kräfte der internationalen Gemeinschaft vereint, die tatsächlich auf Ereignisse in einzelnen Staaten reagieren können, wenn wir uns von der Nichtbeachtung internationalen Rechts abkehren, dann kann sich die Situation ändern. Im anderen Fall gerät die Situation nur in eine Sackgasse und es häufen sich die schweren Fehler. Zugleich muss man erreichen, dass das Völkerrecht universalen Charakter erhält, sowohl im Verständnis, wie auch in der Anwendung der Normen.

Quelle:

<http://www.ag-friedensforschung.de/themen/Sicherheitskonferenz/2007-putin-dt.html>

Stichwort: Lügenpresse

Das Unwort des Jahres 2014, gekürt von deutschen Sprachwissenschaftlern, war der Begriff der Lügenpresse. Er diente zu Zeiten der Weimarer Republik und während des Faschismus als rechter Kampfbegriff.

Ausgerechnet die Tagesschau, das Flaggschiff der ARD, will sich dem Kampf gegen falsche Fakten und pauschale Diffamierung verschrieben haben. Ausgerechnet die Tagesschau, deren redaktionelles Vorgehen die Journalisten U. Gellermann und V. Bräutigam sowie der langjährige IG Medien-Vorsitzende F. Klinkhammer in ihrem Buch „Die Macht um Acht“ wie folgt beschreiben: einseitige Auswahl, Weglassen, subtile Kommentierung, gefakte Augenzeugenberichte, gezielte Lügen, Desinformation, Halbwahrheiten, spezielles „Wording“.

Die Autoren zitieren Joseph Goebbels, Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda: „Wenn man eine große Lüge erzählt und sie oft genug wiederholt, dann werden die Leute sie

Friedensrechner

ca. 2400 Sozialwohnungen

40 Kampfhubschrauber

Abrüsten statt Aufrüsten!

DKP
news.dkp.de

The infographic features a central illustration of a monkey sitting at a desk with a lamp, crossed out by a large diagonal line. Surrounding the monkey are various symbols: a skull, a plus sign, a minus sign, a triangle, and a diamond. The text 'Friedensrechner' is in a red box at the top, 'ca. 2400 Sozialwohnungen' is in orange, '40 Kampfhubschrauber' is in black, and 'Abrüsten statt Aufrüsten!' is in a red box at the bottom. The DKP logo and website are at the bottom right.

am Ende glauben. (...) Die Wahrheit ist der Todfeind der Lüge, und daher ist die Wahrheit der größte Feind des Staates.“ Sie stellen heraus, dass politische Propaganda von einst und Propaganda von heute sich zwar in ihrer Zielsetzung und im Umfang voneinander unterscheiden, nicht jedoch grundsätzlich: Ihr Instrumentarium ist dasselbe, nur dessen Verwendung subtiler. Heute bezweckt Propaganda hauptsächlich Akzeptanz für Hochrüstung, für die Militarisierung der Politik und deren Hegemonialstreben, sie stellt Feindbilder her, sie dient zur Verkleisterung von Klassengegensätzen, zur Verschleierung postdemokratischer Strukturen unserer Gesellschaft, der Verharmlosung rechtsnihilistischer Tendenzen und Vorstellungen.

Besonderes Augenmerk legen die Autoren auf die Friedensfrage. Sie dokumentieren die unselige journalistische Tradition, sich auf die Seite der Kriegstreiber zu stellen, anhand verschiedener Beispiele. Obwohl bereits die Aggression gegen Libyen gezeigt hat, welche verheerenden Wirkungen die „militärische Internationalisierung innerstaatlicher Konflikte“ hat, ergibt sich die Tagesschau weiter „vorbehaltlos jener Ideologie, die die Zerstörung von Staaten unter der Flagge der Befreiung bejubelt“. Es werden keine Lehren gezogen, keine Zusammenhänge hergestellt, die Quellenauswahl ist tendenziös.

Beispiel Syrien: So klagen die Autoren die Tagesschau an, dass diese sich regelmäßig auf die „Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte“ als zuverlässige Nachrichtenquelle beruft. „Ihr Chef und einziger Beschäftigter ist der Brite Osama Suleiman. Er ist ein dreimal vorbestrafter Dunkelmann, der im Jahr 2000 aus Syrien nach England übersiedelte ... Der Süddeutschen Zeitung zufolge betreibt er mit seiner Frau einen Kleiderladen und wurde von einer Gruppe, in der er in London für diese ominöse Beobachtungsstelle tätig war, schließlich rausgeworfen; deren Internet-Domain habe Suleiman geklaut; 2012 hat sich diese Gruppe aufgelöst.“ (S. 68 f.) Glaubwürdige Quellen, wie z. B. der Apostolischen Vikar in Aleppo, werden jedoch ignoriert, wenn dieser von der Unterstützung der Bevölkerung für die syrische Armee und der sie unterstützenden Russen bei der Befreiung Aleppos berichtet.

Beispiel Ukraine: Im Mai 2014 flüchteten Menschen in Odessa in das Gewerkschaftshaus vor einem rechten Mob von Maidan-Anhängern. Das Haus wurde angezündet, mindestens 38 Menschen verbrannten oder wurden totgeschlagen, als sie fliehen wollten. Da „wusste die Tagesschau-Korrespondentin Golineh Atai sofort, wer daran die Schuld trug: ‚Prorussische Anhänger – Aktivisten – Demonstranten sind mit Bussen weitgehend in die Stadt (Odessa) gekommen und haben mit Waffen, mit Schlagstöcken, mit Molotow-Cocktails die Menge angegriffen.‘ Das konnte sie erkennen, obwohl sie zur Zeit der Morde in Donezk war, rund 700 Kilometer von Odessa entfernt“ (S. 29 f.).

Dieses Buch liefert kurz und knapp Fakten und ist eine Kampfansage an das ebenfalls manipulative Bedienen von Misstrauen gegenüber den Massenmedien (à la Lügenpresse), von Vorurteilen und brodelnden Meinungen. Die Autoren stehen im Dienste von Aufklärung und Rationalität. Sie zeigen, wie man Nachrichten analysiert und Zusammenhänge herstellt: Wem nützt es?

Das sensibilisiert und zeigt auch die Schwachstellen, an denen einzuhaken ist. Wie das geht, zeigen die Autoren anhand einiger ihrer etlichen Programmbeschwerden.

Uli Gellermann/Friedhelm Klinkhammer/Volker Bräutigam: Die Macht um acht. Der Faktor Tagesschau. PapyRossa Verlag 2017, 173 Seiten, 13,90 Euro.